



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 02.12.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 6. Dezember 2016, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **16-V-61-0027** **DL 56/16-19, 53/16-1 NÖ, 51/16-1**
Wohnbauflächenentwicklung Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Wohngebiet Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt - Feststellungsbeschluss

2. **16-V-61-0028** **DL 56/16-20, 54/16-1, ANLAGE**
Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Wohngebiet Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt
- Satzungsbeschluss - Aufhebung des Bebauungsplans "Hainweg" Nordenstadt 1989/01

3. 16-V-80-2314

DL 41/16-1 NÖ

Wohnbauflächenentwicklung Hainweg - Vermarktungskonzeption und Verkauf von Bauplätzen
hier: Benennung der Stadtverordneten für das Entscheidungsgremium

4. 16-F-03-0122

Fahrradstellplätze am hessischen Ministerium für Soziales und Integration nach Umzug ans Kureck
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2016 -

Das hessische Ministerium für Soziales und Integration wird nach der Fertigstellung des Gebäudes mit rund 450 Beschäftigten in den zentral in der Wiesbadener Innenstadt gelegenen Komplex am Kureck umziehen.

Um der hohen Belastung der Innenstadt durch den Autoverkehr entgegenzuwirken, sollten Anreize für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen werden, ihren Arbeitsplatz nach dem Umzug mit dem ÖPNV oder mit dem Fahrrad zu erreichen.

Fahrradstellplätze werden laut IFM zwar formal korrekt nachgewiesen, aber lt. derzeitigem Stand nur in verschiedenen Ecken der Tiefgarage. Um die zu erreichen, sind von der Sonnenbergerstraße mühsam die Serpentina der Prinzessin-Elisabeth-Straße aufwärts zu bewältigen.

Dabei gibt es direkt auf Straßenniveau einen freien Streifen, für den der Investor IFM bei der Baustellenbesichtigung am 20.09.2016 keine konkrete Nutzung genannt hat. Hier wären Fahrradabstellplätze ebenerdig erreichbar, nah zum Haupteingang und von mehreren Seiten gut einsehbar. Der Anreiz für die Beschäftigten, morgens mit dem Rad zu kommen und damit die heute schon überfüllte Wilhelmstraße, Sonnenberger Straße oder Taunusstraße zu entlasten, wäre deutlich größer.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

das Gespräch mit dem hessischen Ministerium für Soziales und Integration und der IFM zu suchen und bei beiden darauf einzuwirken, einen Teil der nachzuweisenden Fahrradabstellplätze von der Tiefgarage auf den besser erreichbaren, freien Streifen an der Sonnenberger Straße zu verlagern.

5. 16-F-05-0024

Alternative für Quartiersgarage am Alten Gericht
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 30.11.2016 -

Mit dem Zuzug der Hochschule Fresenius am Alten Gericht ist der Neubau einer Tiefgarage für die Hochschule geplant. Ursprünglich sollte dieser Neubau auch mit einer Quartiersgarage kombiniert werden. Die Freien Demokraten und andere Gruppen haben sich für diese ursprüngliche Lösung ausgesprochen. Um den Parkdruck für Anwohner und Gewerbetreibende im Innenstadtbereich nachhaltig zu reduzieren, wären auch Quartiersgaragen am Gutenbergplatz oder am Stadtplatz denkbar gewesen. Nach aktuellem Kenntnisstand bleibt die Parkplatzproblematik damit ungelöst.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen,

welche Alternativen für eine Quartiersgarage am Alten Gericht bestehen, z.B. attraktive Anwohner tarife in den umliegenden Parkhäusern oder eine Einschränkung der über PSA bewirtschafteten Parkplätze, um die Parkplatzsituation in diesem Gebiet für Anwohner zeitnah und kostengünstig zu verbessern.

- 6. 16-V-61-0026** **DL 56/16-18, 52/16-2**

Bebauungsplan „Rennbahnstraße Bereich: Frühere Autobahnpolizeistation“ im Ortsbezirk Erbenheim - Satzungsbeschluss -
- 7. 16-V-61-0034** **DL 56/16-21, 53/16-1**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hochschule Moritzstraße" im Ortsbezirk Mitte - Satzungsbeschluss-
- 8. 16-V-61-0035** **DL 56/16-22, 53/16-2 , 52/16-1 NÖ, ANLAGE**

Wohnbauflächenentwicklung - vorhabenbezogener Bebauungsplan "Südlich der Gerichtsstraße" im Ortsbezirk Mitte - Satzungsbeschluss -
- 9. 16-V-61-0036** **DL 56/16-23, 52/16-3**

Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Revitalisierung des Stadtviertels - Südlich der Gerichtsstraße" im Ortsbezirk Mitte - Satzungsbeschluss -
- 10. 16-V-66-0212** **DL 46/16-16, 44/16-10, ANLAGE**

Kasteler Straße L3482 - Grundinstandsetzung
- 11. 16-V-66-0225** **DL 55/16-5**

Äppelallee, Einrichtung von Radverkehrsanlagen

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 06.12.2016 -

12. 16-V-66-0229

ANLAGE

Fahrradverleihsystem
- *Bericht des Dezernates IV vom 21.10.2016* -

13. 16-V-20-0058

DL 48/16-1

Investitionscontrolling 3. Quartal 2016

14. 16-F-03-0123

DGNB-Zertifizierung des RheinMain CongressCenters
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2016 -

Das neue RheinMain CongressCenter (RMCC) hat die Vorzertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen e.V. (DGNB) in Platin erhalten. Die DGNB legt für ihre Zertifizierungen verschiedene Nachhaltigkeitskriterien an, deren konkrete Umsetzung beim Bau des RMCC beispielgebend auch für weitere Bauvorhaben sein könnte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Welche Nachhaltigkeitskriterien der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) wurden für den Neubau des RheinMain CongressCenters mit welchem Ergebnis geprüft?
2. Welche konkreten Maßnahmen waren ausschlaggebend für die DGNB-Zertifizierung in Platin?
3. Wie hoch waren die Kosten für die Zertifizierung?
4. Wie wurden im Rahmen des Zertifizierungsvorgangs die nunmehr vorgesehene Photovoltaikanlage und der nicht umgesetzte Passivhausstandard bewertet?

15. 16-F-01-0023

Ampelgriffe
- Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2016 -

Die Allgemeine Zeitung berichtet in einem Artikel vom 18.10.2016 über das Vorhaben der Stadt Mainz, an geeigneten Stellen Haltegriffe für Radfahrende an Ampeln anzubringen. Neben den Vorteilen für eine bequemere Nutzung des Rades sollen diese auch die Rolle der Radfahrenden in der Stadt aufwerten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. sich mit der Landeshauptstadt Mainz in Verbindung zu setzen, um sich über Fortgang und Ergebnisse des Versuches zu informieren sowie

2. zu berichten,

- a. ob der Einsatz solcher Ampelgriffe für Wiesbaden grundsätzlich geeignet scheint,
- b. an welchen Stellen der Stadt eine solche Maßnahme dem Radverkehr förderlich erscheint und, falls ja,
- c. ob, mit welchen Kosten und bis wann eine Umsetzung auch in Wiesbaden möglich wäre.

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 16-F-03-0064

ANLAGE

Mehr Verkehrssicherheit, bessere Überwachung
- *Bericht des Dezernates VII vom 26.10.2016* -

2. 16-V-04-0010

DL 58/16-1 NÖ

Faulbrunnenplatz, Vergabe Geschäft mit Gastronomiebetrieb und öffentlicher WC-Anlage

3. 16-V-20-0060

DL 48/16-2

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

4. 16-V-40-0020

DL 58/16-9, 55/16-4

Albert-Schweitzer-Schule Neubau - Ausführungsvorlage -

5. 16-V-40-0029

DL 56/16-7, 49/16-6

Grundschule Nordenstadt - Erweiterung aufgrund des neuen Wohngebietes Hainweg -

6. **16-V-51-0029** **DL 56/16-9, 50/16-1**

Wohnungsbauprogramm 2016 II. Ausführungsvorlage

7. **16-V-63-0007** **DL 48-16-5 NÖ, 56/16-4 NÖ**

Neubau einer Hochschule mit Tiefgarage und Baugrubenverbau, Wiesbaden, Moritzstraße 17A, Albrechtstraße 29

8. **16-V-63-0008** **DL 58/16-3 NÖ**

Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Park, Gemarkung Wiesbaden, Flur 46, Flurst. 198/4 und 201/2
Bauvoranfrage - Neubau Verwaltungsgebäude mit Mitarbeiterkantine und Tiefgarage, Az.:
6302/635918/16

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 06.12.2016 -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender